Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schiegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 23. August 1926 — Nummer 184

Angriff der Bergwerksbesitzer gegen die Grubenarbeiter

Sie verlangen Abbau der Arbeiterlöhne

Die Bergwerksbesitzer in Deutschland nutzen den englischen Bergarbeiterstreik, um durch den Verkauf, durch gesteigerten Transport der deutschen Kohlen nach dem Ausland der Lieferung von Streikbrecherkohle nach England gewaltige Profite zu erzielen. Die Amsterdamer Gewerkschaften haben bis jetzt die Gelegenheit nicht benutzt, um für die deutschen Arbeiter gleichfalls um bessere Lebensbedingungen zu beginnen. Erst jetzt hat der Bergarbeiterverband Forderungen gestellt. Inzwischen haben aber die Bergwerksbesitzer ihre Positionen befestigt und lehnen nun jede Forderung der Arbeiter ganz entschieden ab. Nicht nur das, sie stellen den Forderungen der Bergarbeiter freche, provozierende Gegenforderungen entgegen. Die Grubenbesitzer verlangen:

1. **Einführung von Spannungslöhnen, d. h.** eine größere Differenzierung nach unten und eine weitere Verminderung der Zahl der Höchstlohnempfänger.

2. **Erweiterung der Zahl der Randzechen,** auf denen der tariflich festgesetzte Lohn um 6 bis 9 Prozent unterschritten werden kann. **Welche Zechen gemeint sind, wurde nicht gesagt.** Auf jeden Fall sollen aber erneut einige Tausende Bergleute, die genau soviel zum Leben brauchen, wie auf anderen Schachtanlagen, **noch weniger bekommen,** obwohl der Friedensreallohn erst zu 75—80 Prozent erreicht ist.

3. **Abbau der Soziallöhne in Krankheitsfällen** trotz der bereits durch die neue Knappschaftsregelung verschlechterten Lage der Kumpels.

4. **Abbau der Löhne in anderen Industrien,** z. B. im Baugewerbe, **damit endlich das Verlangen nach höheren** Löhnen unter Hinweis auf andere Industrien aufhört.

Dieser unerhörten Herausforderung wußten die Führer der Bergarbeiterverbände nichts entgegenzustellen als den Appell an den Schlichtungsausschuß. Statt sofortige Kampfmaßnahmen zu treffen, lahmhandeln sie weiter.

Die Bergarbeiter an der Ruhr müssen deshalb die freche Herausforderung der Unternehmer selbst beantworten. In sofort einzuberufenden Zechenversammlungen müssen die Bergarbeiter folgende Kampfmaßnahmen beschließen:

1. Grundsätzliche Verweigerung jeder Ueberschicht.

2. Aufnahme des Kampfes um die Zurückgewinnung der Siebenstundenschicht unter Hinwegsetzung über tariffliche Bindungen, die die Unternehmer bei der erstbesten Gelegenheit selbst über den Haufen stoßen werden.

3. Erkämpfung gleicher Löhne für das ganze Reich, Beseitigung aller Randzechenklauseln. Erhöhung der Löhne aller deutschen Bergarbeiter um mindestens 20 Prozent der jetzigen Löhne im Ruhrgebiet.

4. Vereinigung des Kampfes mit den Metallarbeitern der nordwestlichen Gruppen, die ebenfalls Lohn- und Arbeitszeitabkommen gekündigt haben.

Nur unter diesen Losungen kann der Gegenstoß des Unternehmertums pariert werden. Nur unter diesen Losungen kann auch den englischen Kameraden zum Sieg verholfen werden.

In die Hand der Berg- und Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen ist es gegeben, ob den unerhörten Folgen der Rationalisierung ein Einhalt geboten wird.

Nützt die Stunde! Kämpft! Schließt die Kampffront mit den englischen Bergarbeitern! Erkämpft den gemeinsamen Sieg!

Zwei Jahre Dawesplan

Das Europageschäft der Amerikaner kommt in Fluß. Amerikanischer Plan zur Revision des Dawesplanes.

Die Großunternehmerschaft in Deutschland ist sehr bereit, mit den Dawes-Kommissaren loyal zusammenzuarbeiten, teils aus Liebe zu ruhigem Leben, teils um gute Beziehungen zu ausländischen Finanzinteressen aufrechtzuerhalten. Diese Kritik stammt von einem bürgerlichen Nationalökonomen her, dem Engländer J. M. Keynes.

Tatsächlich hat die deutsche Bourgeoisie durch die Reparationslieferungen auf Grund des Dawesplanes nicht gelitten, im Gegenteil, sie hat schwer verdient. Die Aktienkurse haben sich im Laufe des letzten Halbjahres mehr als verdoppelt, die Dividendenausschüttungen nehmen zu, in wachsendem Umfang nehmen industrielle Aktiengesellschaften und Banken Kapitalserhöhungen vor.

Ebenso stark verdient haben aber in Deutschland diejenigen Gruppen der ausländischen Bourgeoisie, deren Werk der Dawesplan in erster Linie war. Deutschland zahlte in den ersten beiden Dawesjahren rund 2 Milliarden Mark, teils in bar, zum größeren Teil in Form von Lieferungen. Gleichzeitig aber wurde im Umfang von rund 6 Milliarden Mark Kapital nach Deutschland importiert, davon etwa die Hälfte, d. h. rund 3 Milliarden Mark auf Daueranlagen (langfristige Anleihen, Kapitalbeteiligungen, ausländische Firmengründungen usw.) entfallen.

Der Sinn dieses importierten Kapitals ist es, seinen amerikanischen und englischen Herren hohe Profite abzuwerfen. Nur zum geringen Teile kam das darin zum Ausdruck, daß die Zinssätze für langfristige Anleihen rund doppelt so hoch waren als die in Amerika üblichen. Vor allem hatten die amerikanischen Großbanken, die deutsche Anleihen vermittelten oder bewerkstelligten, sich gewaltiger Extragewinne in Form überaus hoher Provisionen erfreut. Auch die in den letzten Monaten gegründeten zahlreichen Investierungsgesellschaften amerikanischen und englischen Ursprungs haben feste Gewinne eingeheimst. Ende Juni teilte z. B. die „Industrie- und Handels-Zeitung" mit, daß eine der englischen, am deutschen Geschäft sehr stark interessierten Banken, „die in engem Konnex mit einer der deutschen Großbanken steht", eine Zeitlang täglich je für 50- bis 60 000 Mark, d. h. für mehr als eine Million Mark pro Tag deutsche Aktien verkauft hat, nachdem sie diese Aktien zu Beginn des Jahres zu einem niedrigen Kurs erworben hatte. Es handelt sich hierbei besonders um die Aktien des Bochumer Vereins, der Harpener Bergbau-AG., des Farbenrusts und der Reederei, also um Papiere, die in den letzten Monaten um durchschnittlich mehr als 100 Prozent gestiegen sind. Somit betrug der tägliche Extraverdienst dieses einen englischen Bank Ende Juni je eine halbe Million Mark. Aehnlich arbeiten die Amerikaner. Nur eine der 7 oder 8 in Deutschland arbeitenden amerikanischen Investierungsgesellschaften gibt das Geschäftsergebnis des ersten Halbjahres ihrer Tätigkeit bekannt: die European Shares Co., hinter der das amerikanische Bankhaus Harden, Stone u. Co. steht. Nach ihren eigenen Angaben brachte ihr innerhalb der ersten sechs Monate das Geschäft mit deutschen Papieren einen Profit von rund 482 565 Dollar, also von rund 2 Millionen Mark ein.

Solche Einzelergebnisse geben ein Bild davon, was das ausländische Finanzkapital insgesamt durch den Kapitalexport nach Deutschland verdient. Bisher steht diese Entwicklung aber noch ganz am Anfang; vor allem das amerikanische Kapital zeigt einen riesenhaften Appetit auf Gewinne, deren Grundlage eine verschärfte Ausbeutung der schaffenden Massen in Deutschland ist. Eine Perspektive auf das, was noch kommen wird, entwarf schon vor einem Jahr der englische Bankier und Großindustrielle J. Stamp, nach dessen Meinung im Jahre 1955 das amerikanische Finanzkapital für fast 90 Milliarden Mark in Deutschland investiert haben wird und „das normale Wachstum des deutschen Nationalvermögens in amerikanische Hände übergeht".

Diese immer engere Verflechtung des deutschen Kapitals mit den Interessen des amerikanischen Finanzkapitals bringt es mit sich, daß die Amerikaner ihre gewaltigen Gewinnchancen um keinen Preis bedroht sehen wollen. Eine Bedrohung sieht jedoch die amerikanische Finanzwelt in den auf 2½ bis 3 Milliarden Mark anwachsenden Reparationsleistungen auf Grund des Dawesplanes. Nachdem durch den Dawespakt die deutschen Großbanken und die wichtigsten Industriegruppen bereits in starke Kapitalabhängigkeit von der amerikanischen Finanz geraten sind, mehren sich in den letzten Monaten die amerikanischen Stimmen, daß der Dawesplan in absehbarer Zeit revidiert werden müsse. Es wird hierzu lediglich der Moment abgewartet, wo Frankreich zur Sicherstellung seiner Schuldenzahlungen und zur Stabilisierung seines Franken ebenfalls eine Art Dawespakt unterschreibt. Eben zu diesem Zweck befinden sich gegenwärtig die Chefs der führenden amerikanischen Finanzgruppen in Frankreich.

Eine Art Einleitung der amerikanischen Offensive zur Revision des deutschen Dawespaktes waren einige Leitartikel im „Journal of Commerce", einem führenden Neuyorker Finanzblatt. Der Kern dieser Ausführungen war der Satz:

„Während der beiden letzten Jahre haben wir sehr große Summen an Deutschland und an das deutsche Volk ausgeliehen, deren Kapital und Verzinsung unvermeidlicherweise schwer gefährdet werden würden, wenn auf größeren Zahlungen, als Deutschland tragen kann, gemäß dem Dawesplan bestanden wird."

An einer anderen Stelle heißt es: „Wenn die sogenannten Dawesannuitäten (Jahresleistungen) ihr Höchstmaß erreichen, in ein oder zwei Jahren, so wird Deutschland nicht imstande sein, sie in voller Höhe aufzubringen, gar nicht zu reden von der Frage des Transfer." Sehr deutlich wird ferner ausgesprochen, daß lediglich Frankreichs restlose Unterwerfung abgewartet wird: „Frankreichs öffentliche Meinung hat den Punkt erreicht, wo sie ziemlich bereit ist, die Hoffnungen auf deutsche Reparationen auf der Basis des Planes aufzugeben, vorausgesetzt, daß sie eine entsprechende Kürzung ihrer Schulden durch England und die Vereinigten Staaten erlangen kann." Gemeint mit dem

Wahlgesetzänderung in Sachsen

Die Heldt-Regierung hat beschlossen, dem Landtag eine Vorlage zur Aenderung des Wahlgesetzes in Sachsen vorzulegen. Nach dieser Vorlage wird die öffentliche Auslegung der Wählerlisten und Wahlkarteien festgelegt. Bei Wahlvorschlägen von Parteien, die schon im Landtag vertreten waren, genügen 20 Unterschriften. Die Wahlvorschläge sollen die Parteistellung der Bewerber kennzeichnen. Parteien, die im letzten Landtag nicht vertreten waren, müssen spätestens 17 Tage vor dem Wahltag beim Wahlleiter den Betrag von 3000 Mark einzahlen, andernfalls wird der Vorschlag nicht zugelassen. Das Geld soll zurückgezahlt werden, wenn auf den Vorschlag ein Mandat entfällt; andernfalls verfällt das Geld der Landeskasse. Im übrigen erklärt der Entwurf noch, daß der amtliche Stimmzettel in Sachsen eingeführt werden soll.

Die Vorlage bringt im wesentlichen die Vorschläge der Deutschen Volkspartei, mit Ausnahme der Forderung der Listenverbindung. Die Kommunistische Partei wird, soweit die Vorlage Verschlechterungen enthält, gegen dieselbe ankämpfen.

Einberufung des Preußischen Landtages zum 28. September

Anläßlich des Magdeburger Justizskandals hatte die KPD-Fraktion die Einberufung des Preußischen Landtags gefordert. Der Landtagsausschuß hat diese Forderung abgelehnt. Jetzt wird mitgeteilt, daß der Landtag am 28. September zusammentreten soll.

Die SPD schließt Rußlandbelegierte aus

Berlin. In Forst in der Lausitz ist das Mitglied der SPD, Frau Karch, in einer öffentlichen Frauenversammlung als Delegierte für die Ende August nach Sowjetrußland abgehende Frauendelegation gewählt worden. Die „Lausitzer Volkszeitung" berichtet, daß die SPD-Genossin Karch aus der Partei ausgeschlossen werden soll.

Die bürgerliche Presse widerlegt die Attentatsthese

Mit der Untersuchung des Eisenbahnunglücks bei Hannover befaßt sich jetzt neben der Kriminalpolizei Hannover auch die von Berlin. Bereits heute gibt die Behörde bekannt, daß sie bei ihrer Untersuchung auch die Möglichkeit eines Unfalls in Erwägung zieht und nach dieser Richtung Ermittlungen anstellt. Die Attentatsthese hat also nach noch nicht zweimal 24 Stunden bereits einen Knacks. In der „B. Z. am Mittag" wird von einem Fachmann, der sich genau den Schwellenunterbau angesehen hat, berichtet, daß diese Schwellen vollkommen verfault waren. Wörtlich heißt es dann in der „B. Z.":

„Unser Gewährsmann hat mit dem Stiefel bei ganz geringem Druck das faule Holz abbröckeln können, und zwar gerade an der Stelle, an der die Schiene auf der Schwelle gelegen hatte. Außerdem wird uns mitgeteilt, daß an der herausgerissenen Schiene Laschen noch vorhanden waren, die noch fest an der Schiene verschraubt saßen, und daß in diesen Laschen die herausgerissene Schwellenschraube noch festsaß, die also aus dem Holz der Schwelle herausgerissen sein müßte. Das ist bei einer Schwelle mit gesundem Holz nicht möglich. Außerdem ist es unmöglich, daß eine solche Schraube unter normalen mit großer Gewalt herausgerissen werden könnte. Fachleute werden bestätigen, daß dieses Herausreißen, ohne daß ein Verbiegen der Schraube vorkomme, nur dann möglich sein kann, wenn das Holz der Schwelle nicht mehr gesund, sondern angefault ist.

Der Generaldirektor der Reichsbahn hat gewiß erklärt, daß seit einem Jahr an der Strecke, wo sich der Unfall ereignete, keine Arbeit ausgeführt wurde."

Wie dagegen die Reichsbahndirektion mitteilt, hat sie photographische Aufnahmen an der Unglücksstelle gemacht, die die Annahme der Reichsbahndirektion, eines Attentats, bestätigen sollen. Die Reichsbahn-Generaldirektion hat sich aber geweigert, solches photographisches Material überhaupt zu veröffentlichen.

Sie muß ja auch weiterhin an der Attentatsthese festhalten. Denn wenn sie zugibt, daß der Unfall durch den schlechten Streckenzustand verursacht ist, hat sich nicht bloß hohe Entschädigungen zu zahlen, sondern muß auch zugeben, daß die Anklagen der kommunistischen Presse berechtigt waren. Das kann Herr Dorpmüller selbstverständlich nicht.

Internationaler Arbeiterwettkampf in Berlin

Berlin, 23. August. (Eigener Drahtbericht). Gestern fand hier ein internationales Arbeiterfest statt, an dem Russen und Finnen teilnahmen. Trotz der ungünstigen Witterung waren 15 000 Arbeiter zum Sportfest erschienen. Die russische und finnische Mannschaft wurden stürmisch begrüßt. In den Wettkämpfen konnten die Russen und Finnen gute Plätze belegen.

Schwere Sturmschäden bei Berlin

Zahlreiche Häuser abgedeckt, mehrere Wassersportler ertrunken.

Berlin, 23. August. Am Sonntag nachmittag ging über Berlin ein orkanartiger Sturm nieder, der in der Stadt wie in der Umgegend erheblichen Schaden anrichtete. Im Norden Berlins wurden zahlreiche Bäume vom Sturm umgeknickt und mehrere Häuser abgedeckt. Auf den umliegenden Gewässern kam es zu verschiedenen Unfällen, wobei mehrere Personen ertranken. Gegen Abend sah man auf dem Wannsee einige Boote ohne Besatzung treiben. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob auch hier Unglücksfälle vorliegen. Beim Reichswasserschutz in Kaiserdamm liefen noch in den späten Abendstunden zahlreiche Anfragen nach vermißten Personen ein.

Ein neuer Staatsstreich in Athen

In Athen führte die republikanische Garde in der Nacht vom 22. August einen Staatsstreich durch. Die Herrschaft Pangalos, die seit Januar bestand, wurde gestürzt. Als Staatspräsident hat der Admiral Konduriotis die Macht übernommen. Pangalos und die Minister der alten Regierung wurden verhaftet. Es handelt sich bei der Revolte in Athen um den Kampf verschiedener Cliquen, die alle auf Kosten der Bevölkerung ihre Geschäfte machen wollen. Man nützt ständig die Notlage der breiten Massen aus, um für eine Clique die Macht zu erobern. Wie Pilsudski in Polen, so führen die neuen Umstürzler in Athen den Kampf mit sozialen und politischen Losungen, um die Massen zu gewinnen. In Proklamationen wird die Abschaffung der Tyrannei Pangalos und Parlamentswahlen versprochen. Die Bevölkerung hat den Umsturz nach vorliegenden Meldungen ziemlich gleichgültig hingenommen. Die Entwertung der Währung und die ständige Teuerung sind die eigentlichen Ursachen, die den Umsturz herbeigeführt haben. Der neue Gewalthaber erklärt, daß eine Untersuchungskommission gegen die alte Regierung eingesetzt sei, die deren Schuld an Teuerung und Währungsverfall feststellen soll.